

Hinterländer Geschichtsblätter 87 (2008), 49-53

Die dem Hinterländer Anzeiger am 3. 9. 2008 beigefügte Fassung trägt einen sinnentstellend veränderten Titel, den der Autor nicht freigegeben hatte! Bibliographisch verbindlich ist allein der autorisierte Nachdruck für Vereinsmitglieder mit dem unten genannten Originaltitel!

Der Kirchenkampf im Hinterland

Reiner Braun

Die politische Ausgangslage

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg den „Führer“ der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler. Sein Ziel, das er anfangs verschleierte, dann immer offener verfolgte, war der totale Führerstaat. Alles war auf seine Person und seine Ideologie zugeschnitten. Sein Führungsstil, den er auf allen Ebenen der Gesellschaft durchsetzen ließ, war autoritär-diktatorisch. Alle parlamentarisch-demokratischen Strukturen schaltete er nach und nach aus, auch Parteien und Gewerkschaften. Die Rassenideologie führte zur Diskriminierung und schließlich zum Massenmord an denen, die nach der Rassenlehre des Nationalsozialismus nicht arisch waren. Unter ihnen waren die Juden die größte Gruppe, aber keineswegs die einzige. „Volk“ und „völkisch“ waren die höchsten, mehr und mehr pseudoreligiös überhöhten Werte. Gegen die soziale Not, insbesondere gegen die Arbeitslosigkeit, ging das neue Regime mit vordergründigem Erfolg und mit zweifelhaften Mitteln vor. Denn dem deswegen drohenden Staatsbankrott wollte man durch eine aggressive Eroberungspolitik entgegen wirken. Auch deshalb kam es zum Zweiten Weltkrieg. Umgekehrt waren die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vielfach eine Investition in diesen Krieg.

In den ersten Monaten seiner Herrschaft täuschte Hitler eine fromme Haltung vor, wohl wissend, dass er die Kirchen nicht einfach aus dem Weg zu räumen vermochte. Hier war die Gleichschaltung das oberste Ziel, das er zunächst geschickt kaschierte. Er rief immer wieder die Vorsehung an, der er sein Amt verdanke, und ließ seine Reden in gebetsartige Sätze münden.

Die mehrheitlich konservativen kirchlichen Kreise hatten in der sich weltanschaulich neutral verstehenden Weimarer Republik dem evangelischen Monarchen nachgetrauert. Nun keimten neue Hoffnungen auf. Daher nahmen sie Hitlers Eingriffe in kirchliche Strukturen um des neuen Staates willen größtenteils freudig, teils aber auch zähneknirschend und trotzdem fast widerstandslos hin.

Im Sommer trat die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche in Kraft. Statt des schon gewählten, dann aber zurückgetretenen Bischofs Friedrich von Bodelschwingh trat Hitlers Vertrauter in Fragen der Evangelischen Kirche an ihre Spitze: Ludwig Müller, seit September 1933 im Amt des Reichsbischofs, genannt „Reibi“.

Die „Deutschen Christen“ dominierten die neu gewählten Landeskirchentage und Kirchenvorstände, was freilich auch daran lag, dass ihnen Evangelische beigetreten waren, die später im Lager der Bekennenden Kirche zu finden sind.

Evangelische Kirche in Nassau und im Hinterland

Als Folge des Deutschen Krieges von 1866 wurde das Hinterland von Hessen-Darmstadt getrennt und kam politisch zu Preußen, kirchlich zum preußischen Konsistorialbezirk Wiesbaden. 1925 war daraus die Evangelische Landeskirche in Nassau hervorgegangen. Im September 1933 kam es zu ihrer Vereinigung mit den Landeskirchen in Frankfurt und im Volksstaat Hessen (Hessen-Darmstadt) zur Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen. Die leitenden Geistlichen wurden abgesetzt. Der Arierparagraph wurde eingeführt und gleich darauf von dem für Nassau berufenen Bevollmächtigten Ernst Ludwig Dietrich umgesetzt.

Um die kleine Opposition im nassauischen Landeskirchentag herum sammelten sich zunächst Pfarrer, dann auch Gemeindeglieder, die mit dem Weg der Kirche nicht einig gingen, erst recht nicht nach der Sportpalastkundgebung im November in Berlin. Hier hatte ein DC-Führer die Abschaffung des Alten Testaments gefordert und die Neuauslegung des Neuen Testaments nach der Ideologie des Nationalsozialismus.

Das Hinterland hatte – wie viele traditionell evangelische Gebiete – schon 1932 mit um die zwei Drittel aller Wahlberechtigten „braun“ gewählt. Prozentual waren die Stimmen für die NSDAP immer mehr als im Reich, einmal sogar doppelt so viele. So verwundert es nicht, dass man hier den neuen Staat sehr freundlich begrüßte, teils sicher auch euphorisch.¹

Der Gladenbacher Pfarrer Gustav Lehr war als Dekan für den südlichen Teil des Hinterlandes zuständig, das Dekanat Gladenbach. Dieses besteht heute, bis auf die Abtrennung von sechs Gießener Vorortgemeinden,² in den Grenzen von damals fort. Anfang der dreißiger Jahre lag Lehr im Dauerstreit mit der Wiesbadener Kirchenleitung, weil er seine Amtsgeschäfte als Dekan permanent mit unterschiedlichen Ausreden vernachlässigte³ und sich stattdessen kirchenpolitisch engagierte: 1931 zog er auf Anhieb mit weiteren 13 Abgeordneten in den nassauischen Landeskirchentag ein und stellte damit knapp ein Viertel aller Abgeordneten. Die berüchtigte „Liste Lehr“ nannte sich „Christlich nationaler Bekennerbund“, verstand sich nationalsozialistisch, fristete aber trotzdem 1933 ein Schattendasein. Wahrscheinlich lag es daran, dass Lehr mehr als Querulant von sich reden machte als durch konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Gremien, aus denen

¹ Hier die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1930 bis 1933 im Kreis Biedenkopf, im Vergleich zum benachbarten Dillkreis:

September 1930:	28,3%	(Dillkreis: 27,78% – Reich: 18,3%)
Juli 1932:	65,82%	(Dillkreis: 66,81% – Reich: 37,4%)
November 1932:	69,47%	(Dillkreis: 64,61% – Reich: 33,1%)
März 1933:	73,89%	(Dillkreis: 72,00% – Reich: 43,9%)

Falter/Lindenberger/Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, nach: Spiegel 3/2008, 39.

² 2004 trennten sich Bieber, Fellingshausen, Frankenbach, Krumbach, Königsberg und Rodheim-Vetzberg vom Dekanat Gladenbach, um ins Dekanat Gießen zu wechseln.

³ ZA-EKHN 1/168.

man ihn zu seinem Leidwesen heraushielt. Dasselbe galt für den Pfarrer Georg Gründler in Königsberg, den Gauleiter der Deutschen Christen in Nassau-Nord.

Die Pfarrer des Dekanats Gladenbach waren 1933 geschlossen den Deutschen Christen beigetreten, teils aus Überzeugung, teils aber auch mit der Absicht, von innen her die kirchlichen Fäden in der Hand zu behalten.

Dass sich das im Herbst 1933 änderte, ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen.

Der erste Faktor ist bereits genannt: Die „Deutschen Christen“ hatten klar gezeigt, dass sie die nationalsozialistische Ideologie als ihren höchsten Maßstab angenommen hatten. Daran sollten sich nun die Verkündigung und deren Grundlagen messen lassen und nicht, wie es eigentlich evangelische Art ist, umgekehrt. Der Oberhörer Pfarrer Herbert schrieb an Gründler im Anschluss an die Sportpalast-Kundgebung: „Die einzige Konsequenz nach diesem erschütternden Gericht über unsere Kirche und die Glaubensbewegung ist für mich das Aufgeben derartiger Versuche und daher die Trennung von der Bewegung. ... Die Grundlage unserer Arbeit muß Evangelium und nur allein Evangelium heißen.“⁴

Kampf um die Jugend

Der zweite Faktor war die NS-Jugendpolitik. Die Nazis merkten rasch, dass sie mit ihrer Ideologie die Erwachsenen nicht durchgängig erreichen konnten, erst recht nicht die, die kirchlich gebunden waren. Umso größeren Wert legten sie darauf, die Jugend für sich zu gewinnen.

Das Erntedankfest sollte 1933 erstmals als staatliches Ereignis begangen werden. Umzüge und Erntefeiern fanden statt. Nicht nur die Parteiformationen sollten dabei auftreten, sondern auch die kirchlichen Jugendgruppen. Dann hieß es, sie sollten ausgeschlossen werden. Karl Herbert berichtet aus Oberhörlen: „Jungmännerverein u. Jungmädchenkreis sowie die beiden Jungscharen in Trachten u. Wimpeln wollten u. sollten geschlossen teilnehmen, bis plötzlich verlautete, daß ihre Teilnahme als unerwünscht abgelehnt werde. Als der Kirchenvorstand daraufhin im Gottesdienst die geschlossene Teilnahme absagen ließ, kam es zum offenen Konflikt u. sehr erregten u. bewegten Stunden. Erst durch das entschlossene Auftreten des KV u. persönliche Aussprache mit der SA („Sturm-Abteilung“ der NS-Partei) wurde die ganze Sache als Intrigue einzelner Weniger offenbar u. in letzter Stunde kam eine Einigung zustande. Auch der Umzug konnte geschlossen stattfinden u. entgegen ernsten Befürchtungen u. Drohungen fand der Tag ein harmonisches Ende. Es war kennzeichnend für die ganze fieberhafte Gärung der damaligen Zeit ebenso wie für die immer deutlicher hervortretenden totalitären Tendenzen des NS. u. vor allem für den bereits im Gang befindlichen Kampf um die Jugend.“⁵

Anfangs war noch zugesichert worden, dass die konfessionellen Jugendverbände ihr Eigenleben aufrecht erhalten durften. Die Pfarrer kämpften darum. Doch dann überführte im

⁴ Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau. Martin Hofmann u.a. (Hg.). 9 Bde. Darmstadt 1974-1996. Auch in: JHKV 25 (1974) – 46 (1995) bei identischer Seitenzahl, außer 29 (1978), vgl. Registerband (Bd. 9). Hier abgekürzt „D“; D 1,310.

⁵ Zitiert nach: R. Braun: Karl Herbert als Pfarrer in Oberhörlen. Quellenedition seiner Eintragungen in die Pfarrchronik, in: JHKV 58 (2007), 269–312; im Folgenden abgekürzt zitiert: „Pfarrchronik Oberhörlen“; 276.

Dezember 1933 Reichsbischof Müller die komplette evangelische Jugend in die Hitlerjugend. Das war praktisch das Ende der kirchlichen Jugendarbeit, auch hier bei uns. So wurde in Reddighausen (Kirchspiel Dodenau) ein junges Mädchen unter Druck gesetzt, das aus dem BDM ausgetreten war, „weil er ihr innerlich nichts zu geben vermöchte.“ Daraufhin hatte sie einen Brief von der BDM Führung in Biedenkopf bekommen: „Teile Dir mit, daß es uns BDM Mädels verboten ist, aus dem BDM raus zu gehen und in einen christlichen Verein einzutreten. Ich hoffe, Du weißt, was Du als Deutsches Mädel zu tun hast.“ Das Mädchen wandte sich in ihrer Bedrängnis an ihren Gemeindepfarrer, der vom Jugendpfarrer Karl Herbert Hilfe erbat.⁶ Leider ist nicht bekannt, welchen Rat dieser erteilte und wie die Angelegenheit ausging.

Auf dem Weg zur Bekennenden Kirche

So verwundert es nicht, dass 1934 der Widerspruch gegen den offiziellen Weg der Kirche immer lauter wurde. Hinzu kam, dass Reichsbischof Ludwig Müller statt des bewährten und allseits geachteten Darmstädter Prälaten Wilhelm Diehl den mit 37 Jahren noch sehr jungen, in weiten kirchlichen Kreisen ungeliebten Pfarrer und Nationalsozialisten Ernst Ludwig Dietrich zum Landesbischof in Nassau-Hessen ernannte. Schon als Bevollmächtigter hatte er die nassauische Kirche geleitet und zahlreiche Strafen gegen Pfarrer verhängt, die ihn kritisierten oder einen anderen Kurs in der Kirche verfolgten. Einer wurde hart gemäßregelt, weil er öffentlich gesagt hatte: „Der Mann der Macht, Herr Dietrich, der arbeitet nur verbieterisch.“⁷

Im schroffen Gegensatz zum Kirchenregiment Ludwig Müller in der Reichskirche und Ernst Ludwig Dietrich in der Landeskirche formierte sich zuerst der Pfarrernotbund. Als immer mehr Gemeindeglieder ihre Sympathie mit den oppositionellen Pfarrern erklärten, entstand die Bekenntnisgemeinschaft in Nassau-Hessen.

Zur Ersten Reichsbekennnissynode im Mai 1934 in Barmen entsandte auch sie ihre Delegierten, die dann mit der Verabschiedung der bekannten Theologischen Erklärung von Barmen die Bekennende Kirche gründeten. Diese Theologische Erklärung hat noch heute in unserer Kirche den Rang eines Bekenntnisses, auf das sich die Kirche gründet und mit dem sie in der Tradition der Bekennenden Kirche bleibt. Im Gesangbuch von 1994 ist es abgedruckt.⁸

Bekennnisgemeinschaft hat großen Zulauf

Im Sommer 1934 organisierte die BK im Hinterland so genannte „Bekennnisversammlungen“, um Gemeindeglieder aufzuklären und zum Beitritt zu bewegen. Am liebsten wollte man natürlich, dass ganze Gemeinden möglichst geschlossen mit Pfarrern und Kirchenvorständen beitraten. Gleichzeitig legte man großen Wert darauf festzustellen, dass die Opposition gegen die offizielle Kirche nicht als Opposition gegen Hitler oder das Dritte Reich missverstanden wurde! Diejenigen BK-Vertreter, die in der Beurteilung des „neuen Staates“ klarer sahen, wie Dietrich Bonhoeffer, waren auch in der BK eine kleine Schar!

⁶ D 3,536.

⁷ D 1,330.

⁸ Evangelisches Gesangbuch, Ausgabe für Hessen und Nassau, Nr. 810.

Am Sonntag, 8. Juli, kam es zur Gründung der „Bekennnisgemeinschaft im Kreis Biedenkopf“: „[...] es haben 75 führende Männer aus 22 Ortschaften die Beitrittserklärung unterschrieben und wollten in ihren Gemeinden weiter dafür werben.“⁹

In der Folge gab es nun im Wesentlichen dreierlei Gemeinden im Hinterland: Zum einen die Gemeinden, deren Pfarrer und Kirchenvorstände sich zur Bekennenden Kirche hielten. Zum anderen die Gemeinden, die weiterhin hinter der offiziellen Kirchenleitung und ihren Dekanen standen. Doch auch in diesen Gemeinden gab es einen mehr oder weniger großen Anteil an Mitgliedern der Bekennenden Kirche. Aus Silberg ist bekannt, dass sich dort im Haus von Kirchenvorsteher Jakob Bösser die Bekennende Gemeinde versammelte. Bösser gehörte später zum Kreisbruderrat.¹⁰ Aus den Nachbargemeinden (von Oberhörten ist die Rede) kamen „Brüder“, die mit den Silbergern beteten, die Bibel lasen und sie auf dem Laufenden hielten, was die BK anging. Abends wurden sie dann noch Richtung Quotshausen begleitet, vielleicht sogar noch weiter. Pfarrer Nassauer, der von Lehr nach dessen Pensionierung das Dekaneamt der offiziellen Kirche übernahm, hatte Kenntnis von dem Kreis, ließ ihn jedoch unbehelligt.¹¹

Die dritte Art von Gemeinden war im Hinterland eher selten. Hier stand ein Pfarrer der BK neben einem, der sich weiterhin der offiziellen Kirchenleitung unterstellte. Breidenbach ist hier vor allem zu nennen.

Die Arbeit der Bekennenden Kirche

Im Oktober erklärte die Zweite Reichsbekennnissynode in Berlin-Dahlem, dass die Bekennende Kirche die eigentliche Deutsche Evangelische Kirche sei, da die Landeskirchen den Boden des Bekenntnisses verlassen haben. Die Leitung der BK bezeichnete sich als „Vorläufige Kirchenleitung“.

Freilich stellte sich das Problem der Finanzierung. Dazu erhoben die Gemeinden der BK eigene Kollekten. Die Kollektenzwecke waren im Einzelnen folgende:

- Pfarrer, die wegen ihrer Gegnerschaft gegen die offizielle Kirche bestraft wurden, erhielten einen Ausgleich aus der Kasse der BK.
- Vikare, die sich nicht in den Dienst der offiziellen Kirche stellen wollten, mussten examiniert und anschließend bezahlt werden.
- Ein illegales Predigerseminar in Frankfurt am Main sollte den theologischen Nachwuchs ausbilden.

Zehn Tage nach „Dahlem“ fand eine Dekanatskonferenz der Gladenbacher Pfarrer statt. Die Pfarrer Karl Herbert (Oberhörten), Theodor Ostertag (Lixfeld), Gustav Klein (Obereisenhausen), Walter Preis (Bottenhorn) und Hermann Trautwein (Holzhausen a. H.) erschienen nur, um eine Erklärung abzugeben, in der sie begründeten, warum sie hinter den Dahlemer Beschlüssen standen: Sie seien mit vielen Gemeindegliedern der „Überzeugung, daß durch Lehren und Handlungen der gegenwärtigen Kirchenregierung das Evangelium in vielfacher Weise verletzt ist. Als Diener unseres Herrn Jesu Christi, denen auch das Wächteramt in der Gemeinde anvertraut ist, wissen wir uns durch unser Ordinationsge-

⁹ K. Herbert am 9. 7. 1934 an Pfr. Goebels, Frankfurt a. M., D 2,370.

¹⁰ D 3,229.

¹¹ Dem Vf. von Gemeindegliedern mündlich berichtet.

lütde im Gewissen gebunden, dazu nicht zu schweigen, sondern in unseren Gemeinden offen die Wahrheit zu bezeugen.“¹²

Daraufhin wusste sich Dekan Lehr keinen anderen Rat, als den Ortsgruppenleitern in Holzhausen und Damshausen zu schreiben, sie sollten ihren Gemeindepfarrer Trautwein zur Unterwerfung unter den Landesbischof bewegen, da die evangelische Verkündigung nicht in Gefahr sei. Außerdem habe seine Haltung eine „gefährliche staatspolitische Seite“: „Unter den Massen, die sich jetzt Bekenntnisfreunde nennen, befinden sich zahlreiche, denen jedes tiefere religiöse Interesse fehlt, die sich aber nur deshalb der kirchlichen Opposition anschließen, weil sie damit ihrer Unzufriedenheit mit der NS Regierung Ausdruck geben wollen. Das bedeutet eine ungeheure Gefahr für unseren Staat, denn wenn heute der NS zusammenbräche, dann käme nicht etwa eine andere oder Rechtsregierung, nein, dann würde alles in Nacht und Grauen versinken.“¹³

Außer den fünf genannten Pfarrern waren es nun auch Hans Ludolph (Simmersbach), Kurt Ludolph (Niederweidbach), Eugen Vömel (Rodheim-Bieber) und Walter Spehr (Krumbach), die sich gegen die Verdächtigungen Lehrs wandten. Offensichtlich war dessen Brief an Pfarrer Trautwein weiter gegeben worden. In ihrer Entgegnung kennzeichneten sie alle Verdächtigungen als Lüge, die einem Diener der Kirche unwürdig seien. Es gehe ausschließlich um das kirchliche Bekenntnis. Die Obrigkeit nehme man nach Römer 13,1 aus Gottes Hand: „Darum stehen auch viele alte Kämpfer der NSDAP in unseren Reihen.“

Am 18. November lud die BK zu einem Bekenntnistag ein, der sowohl in Wallau als auch in Holzhausen als auch in Endbach gehalten wurde, weil ein Ort alleine die 3700 Besucher nicht hätte bewältigen können. So viele von ihnen unterschrieben die Beitrittslisten, dass Herbert befürchtete, dass auch viele dabei waren, die die Sache der BK nicht unterstützten, sondern von innen her hintertreiben wollten. Dies suchte Herbert zu verhindern, indem er für die Einführung der roten Mitgliedskarten plädierte.¹⁴ Am Ende konfiszierte die Polizei die für die Arbeit der BK bestimmte und auch notwendigen Kollekte, um sie dem Winterhilfswerk zugute kommen zu lassen. Dagegen protestierte Herbert bei staatlichen Stellen.

Zwei Tage später berichtete Herbert dem Landesbruderrat „Aus der Bekenntnisarbeit in unserem Hinterland“: Neben den Pfarrern Klein, Preis, Trautwein und Herbert aus dem Dekanat Gladenbach hatte der Landesbischof ihre Kollegen Dilcher (Dodenau) und Appel (Hatzfeld) mit Geldstrafen belegt. Culemann (Frohnhausen) war einem Disziplinarverfahren knapp entgangen, weil der Reichsbischof eine Amnestie erlassen hatte, um den Frieden in der Kirche herbeizuführen.

Im Dezember konnte Herbert melden, dass aus den beiden Dekanaten des Hinterlandes 21 von 30 Pfarrern auf Seiten der BK standen und dass man einen Kreisbruderrat gebildet hatte, mit ihm als Leiter. Die Geschäftsstelle verwaltete Gemeinschaftspfleger Gustav Link (Quotshausen). Den Landesbruderrat bat Herbert um die Zusendung von „1000, besser aber 2000 roten Mitgliedskarten“. Als eine „Hilfe“ bezeichnete er es, dass eine Gegenoffensive des Dekans Lehr auf wenig Resonanz gestoßen war.¹⁵

¹² D 3,31.

¹³ D 3,58.

¹⁴ D 3,122.

¹⁵ D 3,229.

Nationalsozialisten reagieren auf die Bekenkende Kirche

Am Ende des Jahres hatte Reichsinnenminister Frick in Wiesbaden eine Rede gehalten, in der er ausgeführt hatte: „Der Staat denkt nicht daran, sich in kirchliche Dinge zu mischen...“ Das war schon eine Verdrehung der Tatsachen! Wie viele Eingriffe hatte es in den zurückliegenden zwei Jahren bereits gegeben! „Der Staat denkt nicht daran, sich in kirchliche Dinge zu mischen, aber es besteht leider der sehr begründete Anlaß zu der Feststellung, daß sich unter dem Deckmantel kirchlicher Belange hier alle möglichen staatsfeindlichen und landesverräterischen Elemente sammeln, um auf angeblich rein kirchlichem Gebiet ihre Politik zu treiben und auf diesem Wege dem Dritten Reich Schwierigkeiten zu bereiten. [...] Ich erkläre hierzu, daß die Reichsregierung nicht gewillt ist, dieses Treiben bis ins Endlose mitanzusehen, sondern, daß sie entschlossen ist, dort, wo es die politischen Notwendigkeiten erfordern, auch gegen solche Staatsfeinde und Landesverräter durchzugreifen. Das Deutsche Volk hat diesen Kirchenstreit satt [...]“¹⁶ Die Vorläufige Kirchenleitung der BK auf Reichsebene gab intern eine Erklärung ab, die diese Vorwürfe bestritt und ihre Gemeinden mahnte: „Niemand lasse sich die Pflicht verleiden, die ihm das Wort Gottes gegenüber Volk und Staat auferlegt. Wir ermahnen die Gemeinden, daß sie sich weder durch Mißdeutungen noch durch Drohungen irre machen lassen in dem unerschrockenen Bekenntnis zu Christus, der als Heiland auch zu unserem Volk kommt.“¹⁷

Der Dexbacher Pfarrer Benjamin Lölkes, der sich zur BK hielt, wollte am folgenden Sonntag diese Erklärung verlesen. Doch ein Oberwachtmeister der Polizei stand um 9 Uhr vor seiner Tür, als er sich gerade für den Gottesdienst fertig machen wollte. Trotz der Drohungen verlas Pfarrer Lölkes die Erklärung in dem Glauben, dass es seine Kollegen auch tun würden. Doch die hatten – im Gegensatz zu ihm – die Anweisung erhalten, von einer Verlesung Abstand zu nehmen, weil sie in der Tat von der Polizei verboten worden war. Der Anwalt der BK kümmerte sich auf Ersuchen Herberts um den Fall.

Der Oberstaatsanwalt in Marburg stellte zwar das Verfahren in der Sache ein, klagte Pfarrer Lölkes aber an, weil dieser gegen das Sammlungsgesetz verstoßen hatte, indem er Spenden für die BK sammelte. Dass es sich um Mitgliedsbeiträge handelte, wollte der Oberstaatsanwalt nicht gelten lassen. Herbert setzte sich für ihn ein, als es zur Hauptverhandlung kam, weil er der Angelegenheit grundsätzliche Bedeutung beimaß und den Amtsbruder nicht alleine lassen wollte. Er trat auch als Zeuge auf. Im April 1935 kam es dann tatsächlich zum Freispruch.¹⁸

Die Fronten prallen aufeinander

Im Januar 1935 war der Frankfurter Propst Trommershausen, der nach dem Rücktritt seines Kollegen vorübergehend auch die Propstei Nassau übernommen hatte, zum Pfarrkonvent in Breidenbach gewesen. Dort stand seit Oktober 1934 der Schwager Dietrichs als Pfarrer und Dekan. Dieser hatte den Propst eingeladen mit den Worten: „Ich habe keine großen Hoffnungen. Wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, nur etwa 5 ganze Pfarrer erscheinen zu sehen. Aber ich freue mich, daß wenigstens wir 5 mal wieder unter-

¹⁶ D 3,213.

¹⁷ D 3,214.

¹⁸ D 3,411-415.

richtet werden.“¹⁹ Im Anschluss schrieb er an den Propst: „Wir paar Anhänger der ‚wahren Kirche‘ hier im Hinterland sind sehr froh gewesen, mal solche aufrichtenden, klaren [sic!] Ausführungen statt des blöden Bekennergequatsches [...] zu hören. Hoffentlich ist der Spuk bald vorüber“²⁰

Einer der wenigen Pfarrer, die der Einladung Folge geleistet hatten, hatte zuvor zwar eine Erklärung der BK unterschrieben, die den Kirchenoffiziellen das Misstrauen aussprach. Diese Unterschrift zog er nun aber zurück mit der Begründung: „Sie ist unter einem Druck, der von anderen auf mich ausgeübt wurde, erfolgt. Ich hatte mich von Anfang an dagegen gewandt.“²¹ Er wolle sich nun aus der Kirchenpolitik zurückziehen und sich auf seine Gemeindegemeinschaft konzentrieren, obwohl er damit isoliert neben lauter BK-Pfarrern stand. Dafür erntete er das Lob seines Dekans wie seines Propstes. Diese sahen nun einmal mehr in der BK eine „Gewaltkirche“.²²

Diese Episode zeigt, dass die BK-Pfarrerschaft im Hinterland eine starke Gruppe war, die durchaus ihren Einfluss geltend zu machen wusste, aber nicht alle zu überzeugen vermochte. Wie groß der Druck von anderer, insbesondere von staatlicher und kirchenleitender Seite war, kann nur erahnt werden. Denn was Trommershausen im Einzelnen gesagt hat, geht aus den Quellen leider nicht hervor. So gab es die Überzeugten – wie Herbert –, die eine weitgehend einmütige Gemeinde hinter sich hatten. Und es gab auch die, die dem Druck von zwei Seiten schwer standzuhalten vermochten und sich dann lieber in ihre Gemeindegemeinschaft zurückzogen.

Einem Pfarrer, der sich zwar zur BK hielt, aber die rote Mitgliedskarte noch nicht unterschrieben hatte, hoffte auf eine friedliche Lösung des Kirchenkampfes. Ihm schrieb Herbert: „Ich möchte Dich nur bitten, noch einmal ernsthaft zu überlegen, ob das nicht eine zwiespältige Haltung ist, die grundsätzlich gesehen unmöglich sein sollte. Zum anderen wäre ich Dir dankbar, wenn Du mir einmal klar und offen aussprechen würdest, welches denn ‚der Weg und die Methoden der BK‘ sind, an denen Du Anstoß nimmst [...] Ist es nicht vielleicht die ganze eindeutige Haltung der BK, die zu keinem Kompromiß bereit ist und auch jetzt ihre Hoffnung nicht auf einen Frieden setzt, der doch nur unsere innersten Anliegen preisgäbe, woran Du im letzten Grunde Anstoß nimmst? [...] Aber es ist allerdings meine Überzeugung, daß es gegenüber der klaren Irrlehre in unserer Kirche keine andere biblische Haltung gibt, als sie von der BK eingenommen wird, die auf eindeutige Scheidung und Entscheidung drängt. Ein Verwischenwollen der Gegensätze ist, verzeih das harte Wort, vom Teufel.“²³

Eine neue Front entsteht: Das Neuheidentum

Als der Staat merkte, dass er die Kirchen nicht so ohne weiteres geschlossen auf seine Seite ziehen konnte, förderte er ab 1935 das Neuheidentum, die Deutsche Glaubensbewegung – nicht zu verwechseln mit den Deutschen Christen, die sich mit der Sportpalastkundge-

¹⁹ D 3,327.

²⁰ D 3,328.

²¹ D 3,328.

²² D 3,328. Vgl. auch D 4,151f.

²³ D 3,357.

bung 1933 reichsweit den Todesstoß gegeben hatten und in Nassau-Hessen als Gruppierung keine Rolle mehr spielten.

Die Bekenntnissynode der Altpreußischen Union hatte sich mit dem Deutschen Glauben beschäftigt und eine Erklärung verfasst. Darin bezeichnete sie den „deutschen Glauben“ als „neue[] Religion“. „In ihr wird rassisch-völkische Weltanschauung zum Mythos. In ihr werden Blut und Rasse, Volkstum, Ehre und Freiheit zum Abgott.“ – „Dieser Wahnglaube [,an das ‚ewige Deutschland‘“] macht sich seinen Gott nach des Menschen Bild und Wesen. In ihm ehrt, rechtfertigt und erlöst der Mensch sich selbst. Solche Abgötterei hat mit ‚Positivem Christentum‘ nichts zu tun. Sie ist Antichristentum.“²⁴

Diese Erklärung war dem Staat freilich ein Dorn im Auge. Mit polizeilichen Mitteln, ja, mit ausgestellten Haftbefehlen sollten die Pfarrer Herbert und Trautwein an der Verlesung gehindert werden. Diese legten Einspruch ein, dass sie sich in ihrer Verkündigung nur an ihr Gewissen binden und sich nicht zum Schweigen bringen lassen würden, erklärten aber im Sinne einer Schutzbehauptung, dass sie eine Verlesung nicht beabsichtigt hätten.

In dieser Zeit fand sich die Erste Bekenntnissynode des Hinterlandes zusammen, und zwar in Holzhausen am Hünstein. Hier hatte Pfarrer Hermann Trautwein – der Vater des dort geborenen späteren Propstes und Liederdichters Dieter Trautwein²⁵ – eine starke Bekenntnisgemeinde um sich gesammelt. Ihr stand freilich eine überzeugte NSDAP-Ortsgruppe gegenüber. Vor allem aber wegen der zentralen Lage und des neuen, großen Gemeindehauses bot Holzhausen ideale Bedingungen. Keine geringeren als die im Kirchenkampf und später in der Nachkriegszeit bekannten Theologen Hans Asmussen und Peter Brunner sprachen in Holzhausen!²⁶

Der Landesbischof verhängte in der Folge eine Geldstrafe von 100 Reichsmark gegen Karl Herbert, den Vorsitzenden des Kreisbruderrats, sowie gegen Hermann Trautwein, den gastgebenden Gemeindepfarrer.

Der Kirchenkampf geht weiter

Karl Herbert nahm als Vorsitzender des Kreisbruderrats die Funktionen eines Dekans wahr. Der BK-Pfarrer Geldbach in Battenberg hatte z. B. einen Schlaganfall erlitten. Nun bemühte sich Herbert um einen von der BK ausgebildeten Vikar, damit die offizielle Kirchenleitung nicht über eine Neubesetzung einen Fuß in die Tür der Gemeinde bekommen konnte. Der Landesbruderrat ernannte Willy Frey, der in seiner ersten Stelle Schornsheim (Rhein Hessen) von der Gestapo vorgeladen, verhört und vom Landesbischof versetzt worden war.²⁷

Im Mai wandte sich Herbert an den Vorsteher des Paulinenstifts in Wiesbaden, den ehemaligen Dautphener Pfarrer Eichhoff, der sich in seinem Amt als strammer Nationalsozialist auführte und die Diakonissen zum Austritt aus der BK veranlasste. Herbert drohte mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit mit dem Paulinenstift.²⁸

²⁴ D 3,452.

²⁵ Vgl. Evangelisches Gesangbuch, Ausgabe für Hessen und Nassau, Nr. 957.

²⁶ Bericht: D 3,299f.

²⁷ D 3,402.

²⁸ D 4,137.

Der Staat will den Kirchenkampf beenden

Im Lauf des Jahres traf der Staat weitere Maßnahmen, um den Streit in der Kirche zu beenden. Hitler ernannte Hanns Kerrl zum „Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten“. Dieser wiederum berief Ausschüsse für die Reichskirche wie die einzelnen Landeskirchen, die die Kirchenleitung wahrnehmen sollten. Hier sollten Männer zusammenarbeiten, die bisher unterschiedliche Standpunkte vertreten hatten. Die Bekennende Kirche ließ sich nur teilweise darauf ein. Ihr wurde verboten, weiterhin Kirchenleitung wahrzunehmen: Ausbildung, Prüfung, Ordination, Anstellung junger Theologen, Anordnung von Verlautbarungen oder Kollekten. Dadurch verschärfte sich die Situation beträchtlich. Gleichzeitig litt die Einheit der BK, die durch die unterschiedliche Haltung zu den Ausschüssen erheblich geschwächt wurde.

An einzelnen Orten in den Dekanaten lud die Bekennende Kirche zu besonderen Gottesdiensten und Rüstwochen ein. Man war zu der Erkenntnis gelangt, dass nicht, wie in früheren Jahren, die Evangelisation im Vordergrund stehen sollte, sondern die biblisch-theologische Fortbildung der interessierten Gemeinde. Die Gemeindeglieder sollten in ihrem Glauben gestärkt und angesichts der Herausforderungen der Zeit sprachfähig gemacht werden.

Ein besonderer Konfliktherd war das Kirchspiel Breidenbach, wo der landeskirchliche Dekan als Vertreter der offiziellen Kirche die Pfarrstelle 2 und ein Pfarrer der Bekennenden Kirche die Pfarrstelle 1 innehatten.

Dem Dekan waren die BK und vor allem Karl Herbert ein Dorn im Auge, über den er seinem Schwager berichtete, dem Landesbischof Dietrich. Doch der war im Herbst 1935 staatlicherseits entmachtet worden, behielt zwar offiziell seinen Titel, arbeitete aber hauptsächlich als Pfarrer der Marktkirche in Wiesbaden.

Herbert umgekehrt sah in Breidenbach einen „ernsten kirchlichen Notstand“,²⁹ da im Bereich der zweiten Pfarrei viele BK-Gemeindeglieder unversorgt seien und sich den freien Gemeinden zuwendeten. Darum beantragte er beim Kirchenvorstand, in dem sich nur zwei Mitglieder zum Dekan hielten, dass die BK die Räume der Gemeinde benutzen dürfe. Beim Landesbruderrat beantragte er einen Hilfspfarrer der BK für Breidenbach II, also für den Bezirk des Dekans. Berufen wurde Theo Aschoff, der dann auch feierlich dort eingeführt wurde.

Nach diesem Übergriff in seinen Gemeindebereich holte sich der Dekan in Darmstadt die Genehmigung, nun im Bereich von Pfarrer Ochs Gottesdienste und Amtshandlungen abhalten zu dürfen. Bald richtete er eine Beschwerde an den Landrat in Biedenkopf, dass Aschoff sich nur um neue Mitglieder der BK kümmere und dabei die Reichskirche verächtlich mache, wo doch von der Seite aus alles getan werde, um den Frieden in der Kirche herzustellen. Der Landrat wandte sich an den Regierungspräsidenten mit der Äußerung, dass er sich wundere, warum Herbert noch nicht längst abberufen sei.

In der Tat hatte die Gestapo ein Auge auf Herbert und berichtete noch vier Jahre später: „Pfr Herbert ist hier als fanatischer Anhänger und böswilliger Hetzer der BK bekannt. Durch sein staatsabträgliches Verhalten wurde bereits im Jahr 1935 der Frieden der Kir-

²⁹ D 6,32.

chengemeinde Breidenbach gestört und erhebliche Unruhe in die Bevölkerung getragen.“³⁰

In Breidenbach ging es inzwischen um die Konfirmanden aus dem Bezirk des Dekans, die nun Aschoff unterrichten sollte.

Der Landeskirchenausschuss, der ja vermitteln sollte, erklärte, dass Aschoff keine pfarramtlichen Rechte hätte. Dagegen protestierte wiederum der Landesbruderrat.

Einer Tauffamilie hatte der Pfarrer geschrieben, dass er Bedenken gegen die Vornahme einer Taufe durch den Dekan habe. Denn dieser stütze das Kirchenregiment, das seinerseits Irrlehren fördere. Daraufhin gab es neue Auseinandersetzungen. Am Karfreitag 1936 erklärte der Pfarrer dann im Gottesdienst, dass er den Dekan selbst nicht für einen Irrlehrer halte. Er sehe sie beide im Dienst des Herrn stehen, unterschieden allein in der Beurteilung der kirchlichen Lage.

Im August 1936 verließ Aschoff die Gemeinde, kündigte aber an, die BK würde sicher wieder jemanden entsenden. Doch der Dekan wehrte sich dagegen. Bei einem Besuch des Propstes Peter stellte sich heraus, dass den Dekan und den Pfarrer persönlich „ein durchaus friedliches und harmonisches Verhältnis“ verband.³¹ In kirchenpolitischer Hinsicht standen sie in verschiedenen Lagern, in amtlicher Hinsicht waren sie unterschiedlicher Meinung, was die Möglichkeit anging, dass der Dekan die Gemeinde in der rechten Weise versorgen könne. Ein Lösungsvorschlag sah dann so aus, dass der Gemeinschaftspfleger Link (Quotshausen), der der BK angehörte, seinen Wirkungskreis auf das Kirchspiel Breidenbach beschränken sollte.

Aus dem Frühjahr 1937 ist ein Brief von Herbert überliefert, der dem Pfarrer gegenüber Stellung bezog, ob eine gemeinsame Konfirmations- und Abendmahlsfeier mit beiden Pfarrern denkbar sei: „Eine Abendmahlsgemeinschaft, die nicht vor der Wahrheit bestehen kann, ist vom Teufel. [...] Wir müssen den Mut haben, vor der Wahrheitsfrage auch die Frage der äußeren Gemeinsamkeit zurücktreten zu lassen, auch wenn die Welt das nicht versteht.“ Am Ende schloss er: „Ich kann Dich nur herzlich bitten, diese Stellungnahme, die der grundsätzlichen Haltung der ganzen BK entspricht, mit ganzem Ernst hören und am Wort Gottes prüfen zu wollen. Ich glaube, Du wirst dann diese Haltung verstehen und zu Deiner eigenen machen können.“³²

Diese Formulierung sollte sich ganz ähnlich zehn Jahre später im Grundartikel der EKHN wiederfinden und sie gilt noch heute.

Aus eben jenem Nachkriegsjahr 1947 berichtet Herbert in der Pfarrchronik Oberhörle über den Tod des ehemaligen Dekans in Breidenbach und merkt an: „Ich selbst war besonders dankbar dafür, daß wir zum vollen Frieden miteinander gekommen waren, nachdem wir im Kirchenkampf sachlich gegeneinander gestanden hatten u. er einmal in Ober- u. 2 oder 3 mal in Niederhörle ohne mein Wissen getauft hatte u. zwar bei Gemeindegliedern, die damit der Taufe im Gottesdienst entgehen wollten u. teilweise auch ganz auf dem Boden der NS-Partei standen.“³³

³⁰ D 7,391; hier auch weitere Vorwürfe.

³¹ D 6,47

³² D 6,48f.

³³ Pfarrchronik Oberhörle, 300f.

Der Kirchenkampf ist nicht zu stoppen

Im Jahr 1936 stellte sich bald heraus, dass die Kirchengremien den Frieden in der Kirche nicht herzustellen vermochten.

Die Bekennende Kirche teilte sich reichsweit in zwei Richtungen:

- Die eine Richtung verfolgten Vertreter der Kirchen Hannover, Württemberg und Bayern. Man bezeichnete sie BK-intern als „intakt“, weil die Kirche geschlossen zur Bekennenden Kirche gehörte und daher einschneidende Eingriffe in die Ordnungen der Kirche unterbieten waren. Hier suchte man den Frieden mit dem Staat. Zu den so genannten „zerstörten“ Kirchen gehörte auch Nassau-Hessen, wo der Kirchenkampf im Innern weiter tobte. Doch auch hier gab es BK-Vertreter, die zu vermitteln suchten, und solche, die im Kampf hart bleiben wollten.

- Diese vertraten die zweite Richtung. Man nannte sie „Dahlemiten“. Bonhoeffer und Niemöller standen unverändert dazu, aber auch Leute wie Karl Herbert.

Der Landesbruderrat, der sich zu Dahlem hielt, ließ eine Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung an Hitler in den Gottesdiensten verlesen. Darin sprach sie die antichristliche Haltung des Staates offen an und warnte vor der Vergötzung des Volkstums und des Judentums.

Karl Herbert schreibt in der Pfarrchronik Oberhörten: „Wir erwarteten in dieser Zeit ein schärferes Zuschlagen des Staates, auch gegen die Organe der BK, was aber – erstaunlicherweise – nicht erfolgte. Man fürchtete offenbar die Unruhe in den Gemeinden. So konnte trotz allem kirchlich weitergearbeitet werden.“³⁴

Vor allem fand in dieser Zeit die Olympiade in Berlin statt, während der der Staat bemüht war, die Auseinandersetzungen im Innern nicht nach an die Weltöffentlichkeit zu tragen.

Bei der dritten Kreisbekenntnissynode im Juni in Holzhausen ging es um die Taufe. Die Synode beschloss, dass die Taufe nicht mehr grundsätzlich im Haus, sondern im Gottesdienst gefeiert werden sollte. Das Patenamtsamt sollte ernst genommen werden. Auswärtige Paten sollten Patenscheine vorweisen. Die Eltern wurden in einem Brief auf die Bedeutung der Taufe hingewiesen.

Der Bruderrat auf der einen, ein Jurist auf der anderen Seite

Nach dem Rücktritt des Reichskirchenausschusses und des Landeskirchenausschusses blieb nur noch der Leiter der Landeskirchenkanzlei (bald in Landeskirchenamt umbenannt) übrig, der nun alle Macht in der offiziellen Kirche in der Hand hielt: Der Jurist Paul Kipper.

Die Bekennende Kirche, die der Staat nicht hatte gleichschalten können, bekämpfte er nun unverhohlen. Nach dem neuen Sammlungsgesetz durften keine eigenen Kollekten mehr erhoben werden. Damit sollte die BK finanziell ausgetrocknet werden. Dann verbot Himmeler die Ausbildungsstätten der BK. Dass allerdings 1937 die Einführung der Kirchensteuer erfolgte, führte – anders als es der Staat beabsichtigt hatte – zu einer finanziellen Entspannung zumindest in den Gemeinden.

Einschneidend hingegen war, dass die Pfarrer aus den Schulen ausgeschlossen wurden: Sie durften keinen Religionsunterricht mehr erteilen. Der Staat nahm ihnen damit die Mög-

³⁴ Pfarrchronik Oberhörten, 283.

lichkeit, die Jugend zu beeinflussen. Es blieb noch der Konfirmandenunterricht, den der Obereisenhäuser Pfarrer Klein auf den Samstag legte. Der war jedoch als „Staatsjugendtag“ geschützt, damit die Jugend ihren Dienst beim Jungvolk tun konnte. So schrieb der „Stammführer, Jungbannschulungsleiter und Kreispropagandaleiter“ am 13. November 1934 an Pfarrer Klein, dass er den Konfirmandenunterricht verlegen und dass er selbst den Samstag zur Gottesdienstvorbereitung verwenden solle.³⁵

Im Jahr 1938 steigerte sich der staatliche Druck auf die Kirche noch weiter. Doch die BK versuchte, sich diesem Druck nicht zu beugen.

Die Vierte Kreisbekenntnissynode in Biedenkopf beschäftigte sich mit dem Konfirmandenunterricht und beschloss, dass dieser nun auf die Dauer von zwei Jahre verlängert werden sollte und dass man das Patenrecht erst dann bekommen sollte, wenn man drei weitere Jahre lang die Christenlehre besucht hatte.

Krieg bringt Kirchenkampf zum Erliegen

Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges wurden die Maßnahmen gegen die BK erneut verstärkt.

Karl Herbert notiert in der Pfarrchronik: „Nach einigen neuerlichen kirchlichen Geldstrafen wegen Nichtablieferung kirchenamtlicher Kollekten oder Nichteinhaltung des landeskirchlichen Dienstweges erhielt der Ortspfarrer Ende Mai ein Strafverfahren wegen Erhebung verbotener Kollekten für die jungen Theologen der BK, u. wohl auf Grund dessen wurden ihm durch Verfügung des Regierungspräsidenten auf Veranlassung der Gestapo am 15. 6. 39 die staatlichen Besoldungszuschüsse zum Gehalt gesperrt. Monatliches Festgehalt betrug von da an 111. – RM! [...] Es soll aber doch erwähnt werden, daß es in all den Jahren der Partei oder der Gestapo trotz aller Versuche u. Drohungen nicht gelang, die rechte Handhabe für eine weitgehende Maßnahme gegen mich zu finden. Das war ohne Zweifel dem besonnenen u. maßvollen Verhalten des damaligen Bürgermeisters u. Ortsgruppenleiters Walter Bäcker zu verdanken, der befohlene Überwachungen im Gottesdienst nicht durchführte u. sich in kritischen Lagen für mich einsetzte, sich dafür freilich auch von den Parteigrößen in deren Versammlungen öffentlich beschimpfen lassen musste. Ich hätte ihm das auch später gern noch einmal bezeugt, aber er ist im Krieg gefallen.“³⁶

Der Krieg bedeutete dann ein Einschnitt, weil der Staat nun einen weiteren Grund hatte, alles zu unterbinden, was sich seiner Politik in den Weg stellte. Der Kirchenkampf stand nun nicht mehr im Vordergrund, zumal viele Pfarrer an die Front einberufen wurden. Ihre verbliebenen, meist älteren Kollegen mussten mehrere Gemeinden gleichzeitig versorgen. Vielerorts blieben nur die Pfarrfrauen, die die Verkündigung, die Seelsorge und die Verwaltung aufrecht erhielten.

Das Kriegsende im Mai 1945 leitete dann die kirchliche Neuordnung ein, in der die Vertreter der Bekennenden Kirche eine besondere Rolle spielten und ihre Erfahrungen für den Aufbau der Kirche fruchtbar zu machen versuchten.

³⁵ Gerald Bamberger: „Das Wort des Herrn bleibt in Ewigkeit“. 900 Jahre Kirchengeschichte Obereisenhausen, ebd. 2007, 366.

³⁶ Pfarrchronik Oberhören, 290.

Kirchenkampf prägt bis heute die Kirchenregion

Zusammenfassend sei festgehalten:

(1) Der Kirchenkampf im Hinterland war, zumindest in den ersten Jahren, Sache einer starken Opposition in der Kirche gegen ein geschwächtes offizielles Kirchenregiment. Auf dessen Seite stand jedoch ein starker Staat, der alles versuchte, die Bekennende Kirche zu unterdrücken, ohne die stark kirchlich gebundene Bevölkerung gegen sich einzunehmen.

Immer wieder waren in Nassau-Hessen Pfarrer oder Gemeindeglieder verhaftet, teils auch in einem Konzentrationslager interniert worden. Das blieb den BK-Vertretern im Hinterland erspart; was das hier ausgelöst hätte, lässt sich nur vermuten.

(2) Die Bekennende Kirche war nur in geringem Maße eine Oppositionsbewegung gegen den totalitären Staat. Vor allem in den ersten Jahren betonte sie immer wieder ihre Loyalität zum Dritten Reich, das nur die wenigsten durchschaut hatten, trotz klarer Worte der Theologischen Erklärung von Barmen oder führender Männer wie Karl Barth oder Dietrich Bonhoeffer. Im Einzelnen werden Mitglieder der Bekennenden Kirche auch im Hinterland für Juden oder Behinderte oder andere Menschen eingetreten sein, die unter die Räder der Nazis kamen. Offizielle Verlautbarungen gab es hingegen kaum.

Karl Herbert schreibt in der Pfarrchronik im Rückblick den selbstkritischen Kommentar: „Wir haben zu viel geschwiegen oder nicht deutlich genug geredet, damals [1938] u. in den folgenden Jahren. Das war – trotz allem Kampf – unsere Schuld.“³⁷

(3) Die Bekennende Kirche hat gleichwohl Spuren hinterlassen, damals und bis heute.

(a) Die Säuglingstaufe als Bekenntnisakt der christlichen Familie hat sie in die Gottesdienste zurück geholt, wo sie hingehört. Auch das Glaubensbekenntnis, das zuvor nur bei Taufen gesprochen wurde, hat seitdem seinen festen Platz in den Gottesdiensten.

(b) Die Beteiligung der Gemeindeglieder an der Verantwortung für die Gemeinden hat die Bekennende Kirche gestärkt.

(c) Die vier nordnassauischen Dekanate, insbesondere die Dekanate Biedenkopf und Gladenbach sind in dieser Zeit so eng zusammen gewachsen, dass die heutige Arbeitsgemeinschaft etwa gemeinsame Projekte auf vielfache Vernetzungen zurückgreifen konnte bzw. kann.

(d) Die Jugendarbeit ist gerade aus den Erfahrungen des Kirchenkampfes zu einer wichtigen Säule der Gemeindegliederarbeit geworden, aber auch der Gesamtkirche.

(e) Vor allem aber die Hinwendung zur Bibel in intensiven Bibelarbeiten, Bibelfreizeiten, Bibelrüstzeiten war – freilich in Rückgriff auf die Reformation – das Markenzeichen der BK, wie es am Ende der Barmer Theologischen Erklärung heißt: „Das Wort Gottes bleibt in Ewigkeit.“

³⁷ Pfarrchronik Oberhörlen, 287.